



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SPD/IX/63 - 17.3.54

BONN, Friedrich-Eben-Allee 170

Hinweise

Fernsprecher 21831-33

auf den Inhalt:

Fernschreiber 039890

Politik der falschen Töne	S. 1
Fersienklärung unter Zeitdruck	S. 3
Wie Hessen wählen soll	S. 5
"Alarm" aus der Sowjetzone	S. 7

Selbstbewußtsein oder Überheblichkeit ?

- tt - In der eisigen Atmosphäre der Berliner Viermächte-Konferenz ist die bundesrepublikanische Illusion, wir 48 Millionen Westdeutsche seien so eine Art "Nabel der Weltpolitik" rauh erfroren. Alle vier Besatzungsmächte haben uns klar gemacht, daß das deutsche Problem nicht für sich allein auf der politischen Landkarte liegt, sondern nur eine Masche in dem unüberschbaren Netz der internationalen Beziehungen ist. Dieser Berliner Sturz aus dem selbst propagierten Olymp einer zentralen Bedeutung mag für manche Westdeutsche überraschend gewesen sein, vor allem für jene, die die Tatsache überschätzt hatten, daß die Frage, ob und wie die Bundesrepublik in das Konzert der Westmächte einbezogen werden soll, sehr oft den Inhalt der Schlagzeilen der Weltpresse geboten hatte. Wie immer aber es auch zu dieser Überschätzung gekommen sein mag - die klare Berliner Erkenntnis, daß es auf dieser Welt offenbar noch Probleme von entscheidenderer Bedeutung gibt als die Bundesrepublik, sollte eigentlich heilsam gewesen sein.

Im Scheuklappen-Bereich des Bonner Treibhauses aber scheint die Psychose der Selbst-Überschätzung ungehemmt weiter zu gedeihen. Wie anders wäre es zu verstehen, daß auch Politiker, die zur ersten Garnitur der Koalitionsparteien gehören, der anderen Welt gegenüber in einer Weise und mit einem Ton auftreten, die jedes Maß an diplomatischem Takt vermissen ließen und im Auslande

mit peinlichem Erstaunen aufgenommen worden sind? Die Deutschen haben mit sich eine schwere Hypothek von Mißtrauen herumschleppen, nicht erst seit 1933 oder gar 1939, die es geraten erscheinen lassen müßte, daß sie ihre Meinung, ihre Thesen und Forderungen zwar mit der gebotenen Festigkeit und mit dem notwendigen Nachdruck, zugleich aber auch mit der ebenso erforderlichen Zurückhaltung und Delikatesse vortragen. Jedes andere Verhalten muß dem Mißtrauen neue Nahrung geben.

Was aber geschieht in Bonn? Da verliert der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Partei, der Abgeordnete Dr. von Morkatz, die Nerven, als man in Paris die Koalitions-Demonstration der Grundgesetz-Änderung kritisierte, und droht mit dem "Reißen der deutschen Geduld", wenn man die Europa-Begeisterung der Koalition noch mit weiteren solchen "Demütigungen" quittieren sollte. Da kündigt der Bundestagspräsident Dr. Ehlers dem Ausland an, es gäbe in der Bundesrepublik in der Frage der Kriegsverurteilten eine Grenze der möglichen Geduld. Und da läßt, um nur ein drittes Beispiel noch zu nennen, die "Bonner Rundschau", das hauptstädtische Sprachrohr der Kanzler-Partei, den US-Staatsbürger Robert Ingram, der sich als Bonner Regierungsjournalist betätigt, in einem Leitartikel fordern, die USA sollten "den französischen Politikern Beine machen", damit sie den von der Bundesregierung so sehr gewünschten EWG-Vertrag ratifizieren. Wenn man den Franzosen mit einem Rüstungsvortrag Washington - Bonn solche "Beine mache", dann würden "im Palais Bourbon die Rockschöße fliegen".

Das ist genau die Tonart, die uns Deutschen auch im Jahre 1954 unter keinen Umständen zu- und ansteht. Natürlich sollen und dürfen wir Deutschen selbstbewußt sein, und die gemeinsame Arbeitsleistung, mit der wir uns aus den Ruinen und Trümmern des zerstörten Hitler-Staates ein neues Haus gebaut haben, gibt uns ein Recht auf dieses Selbstbewußtsein, wobei wir immer eingedenk sein wollen, daß wir der Hilfe unserer Weltkriegs-Gegner viel zu verdanken haben. Aber Selbstbewußtsein ist nicht Überheblichkeit, und was aus den von uns zitierten Äußerungen - nur drei für viele - spricht, das ist Überheblichkeit. Sie entfacht von neuem das Mißtrauen im Ausland, und sie gibt den Argwöhnischen im Ausland die Möglichkeit, zu sagen: Wir haben es ja schon immer gewußt, daß die Deutschen nicht umlernen, daß sie immer dieselben bleiben, daß man ihnen gegenüber vorsichtig sein und daß man sie unter Kontrolle halten muß, wenn man nicht eines Tages die bösesten Überraschungen erleben will!

Der ehrliche, unermüdete Fleiß von Millionen Deutschen, ihr aufrichtiger Wille, Tag für Tag zu zeigen, daß man aus der Vergangenheit gelernt hat, wird durch solche Überheblichkeit einzelner, denen im Ausland größte Publizität gegeben wird, völlig entwertet. Es muß deshalb verhindert werden, daß noch mehr Porzellan zerschlagen wird, Gerade mit denen, die anderen "Beine machen wollen", sollte man nach diesem ihrem Vorschlag verfahren.

+ + +

Der Wertwandel des persischen Öls

Heute nur noch ein politischer Faktor

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben:

Bis zum persischen Neujahr, das mit dem 21. März beginnt und die ganze vierte Märzwoche dauert, soll der britisch-persische Ölkonflikt beigelegt sein und das persische Öl wieder zu fließen beginnen. Der Termin ist der äußerste, denn die 6 Millionen Dollar, die das Land seit Beginn des Konflikts von den USA als Monatskredit bekam, um nicht völlig zahlungsunfähig zu werden, stehen nach dem März nicht mehr zur Verfügung, wenn der Konflikt bis dahin nicht aus der Welt geschafft ist. Die Regierung Zahedi steht also unter Zeitdruck.

Vor Monaten tauchte in Teheran Mr. Herbert Hoover jun. als Sonderbeauftragter der amerikanischen Regierung auf, um den Streit mit England begraben zu helfen. Die USA brauchen das Öl Abadans nicht. In Grunde braucht es niemand mehr, denn sein Ausfall auf dem Weltmarkt ist längst wettgemacht. Die 32 Mio to, die Abadan vor drei Jahren noch lieferte, kommen inzwischen aus der höheren Ausbeute Kuweits und Dammans in Saudiarabien. Was Washington veranlaßte, seinen Ölexperten in Teheran einzuschalten, war also alles andere als der Wunsch nach Öl. Mossadeghs Angriff auf die Anglo-Iranian war zu einem Amoklauf geworden. Die britische Ölblockade brachte es zustande, daß in Abadan Friedhofsruhe einzog. Von 32 Millionen fiel die Produktion auf 1 Mio to für den persischen Eigenbedarf. Ganze 100000 to konnte die staatliche Ölgesellschaft Mossadeghs in den letzten Jahren über italienische und japanische Blockadebrecher in der Welt absetzen. Teherans Kassen drohte die vollkommene Leere.

Unter diesem Druck stimmte Ministerpräsident Zahedi dem Vorschlag Hoovers zu, zunächst die diplomatischen Beziehungen mit Großbritannien wieder aufzunehmen und dann an eine Lösung des Ölstreiks heranzugehen. Seit Mitte Dezember verkehren London und Teheran wieder miteinander. Seitdem verhandeln auch die größten fünf Ölgesellschaften der USA mit der enteigneten Anglo-Iranian und der Regierung Zahedi. Aus diesen langwierigen Gesprächen hat sich nun herauskristallisiert, daß Großbritannien die Verstaatlichung des Öls anerkennt und Persien seinerseits die Anglo-Iranian entschädigen wird. Das setzt allerdings voraus, daß das persische Öl wieder fließt und auch Abnehmer findet. Es wurde ein amerikanisch-britisch-französisches Konsortium gebildet, das die Rechte der Anglo-Iranian in Persien übernehmen und die Entschädigung an die britische Gesellschaft zahlen soll. Jetzt wird mit Teheran verhandelt.

50 Prozent der Anteile des neuen Konsortiums möchte Persien haben. Die Gesellschaftsgründer aber wollen keine kontrollierende Mehrheit in ihrer Gruppe haben. Teheran wird mit sich reden lassen, denn es muß wieder zu Erträgen aus dem Öl kommen, wenn es nicht eine Finanzkatastrophe heraufbeschwören will. Aber viel schwieriger als die Gesellschaftsgründung wird es sein, das persische Öl überhaupt noch auf dem Weltmarkt loszuwerden. Eine Produktion von 30 Mio t_o wird es nicht mehr geben. Im Konsortium denkt man an höchstens 20 Mio t_o - die Anlagen haben nach Abzug der englischen Techniker durch unsachgemäße Behandlung und mutwillige Zerstörung schwer gelitten. Die Ölsituation hat sich inzwischen schlagartig geändert. Die USA haben selbst Einschränkungen in der Förderung vornehmen müssen. Australien, ein gewichtiger Ölkunde, ist dabei, sich durch eigene Bohrungen selbständig zu machen. Und zu guterletzt sind auch die Sowjets völlig überraschend als Verkäufer auf dem Weltölmarkt aufgetreten. Interesse am persischen Öl zeigt bisher eigentlich nur die britische Luftwaffe, weil sie durch Abadaner Flugbenzin harte Dollars sparen würde. Eine von vielen weiteren Schwierigkeiten besteht in der Beschaffung der ausländischen Techniker. Daß ohne sie die Förderung überhaupt nicht wieder in Gang kommt, hat inzwischen auch Teheran eingesehen. Zahedi wünscht nun, um die nationalen Gemüter, die Mossadegh aufstachelte, zu beruhigen, neutrale Techniker, etwa deutsche, holländische oder schwedische; das Konsortium will seine eigenen Leute, etwa 600, mitbringen.

Fragt man sich nun, warum die amerikanische Ölindustrie in das so wenig aussichtsreiche Geschäft einsteigen will, so stößt man ausschließlich auf politische Gründe. Ein Persien, das ohne den Rückhalt der Öleinnahmen zusammenbrechen würde, wäre eine Gefahr für den gesamten Mittelosten. Denn die Sowjetunion und ihre persischen Hilfwilligen von der verbotenen Tudehpartei warten nur auf den Tag des Zusammenbruchs. Die amerikanischen Gesellschaften handeln also im Auftrage ihrer Regierung. Andererseits wünschen sie auch nicht, ihr Ölgeschäft in anderen Teilen der Welt zu schädigen, deshalb wollen sie die persische Produktion möglichst drosseln. Aber es bestehen auch noch amerikanisch-britische Differenzen besonderer Art. So rein wie Flugbenzin ist jedenfalls die ganze persische Ölgeschichte noch längst nicht. Auch weiß man nicht, ob eines Tages nicht wilde Männer in Teheran auftreten, die den Ruf "raus mit den Engländern" wieder aufnehmen, denn auch Zahedis Stellung ist nur solange sicher, als er die Armee hinter sich hat.

Um das neue hessische Wahlgesetz

(sp) Fünf Landtage in der Bundesrepublik und in West-Berlin werden in diesem Jahr neu gewählt. Hessens Bevölkerung wird erst im Spätherbst - voraussichtlich am 7. November - an die Wahlurne treten, um die Abgeordneten für das dritte Landesparlament nach dem Zusammenbruch zu ermitteln.

Das 1950 in Hessen verabschiedete Landtagswahlgesetz, gegen dessen Zustandekommen sich vor vier Jahren nur die KP und die rechteradikalen Splitterparteien gewandt hatten, ist heute Gegenstand scharfer Kritik seitens der FDP und CDU. Beide Parteien hatten aber 1950 zu der großen Mehrheit für das Gesetz beigetragen. Da in weiten Kreisen der Wählerschaft eine stärkere persönliche Verbindung des Abgeordneten zum Wähler gewünscht wurde, hatten sich SPD, CDU und FDP damals vom reinen Verhältniswahlsystem abgewandt. Es wurde ein Gesetz geschaffen, wobei 60 Prozent der Abgeordneten in Einer-Wahlkreisen und die restlichen 40 Prozent über Landeslisten der Parteien nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt wurden. Die Verrechnung der sogenannten Überschüssestimmen, die die erfolgreichen Wahlkreisandidaten nicht für die Erringung ihrer direkten Mandate benötigten, brachte der SPD im Jahre 1950 sechs zusätzliche Sitze ein.

Gegen diese Bestimmung des derzeitigen Wahlgesetzes nehmen CDU, FDP und BHE Stellung, auch die SPD stimmt diesem Verzicht zu. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Hessen, Heinrich S c h n e i - d e r , erklärte außerdem, daß sich die SPD zu einer stärkeren Betonung des Verhältniswahlrechts im neu zu schaffenden Gesetz bereit erkläre in dem Sinne, daß die Zahl der über die Landesliste gewählten Abgeordneten möglichst ebenso groß sein soll, wie die Zahl der in Einer-Wahlkreisen ermittelten Abgeordneten. Die SPD verwahre sich jedoch gegen den Ton, der von prominenten Sprechern der Bonner Koalitionsparteien bei der Debatte über ein neues Wahlgesetz in den letzten Wochen angeschlagen wurde. Die SPD lehnt es ab, unter Zeitdruck zu handeln und will eine gründliche Vorbereitung des neuen Wahlgesetzes in den Parlamentsfraktionen und Ausschüssen sicherstellen.

Auf der seinerzeitigen CDU-Landesdelegierten-Konferenz in Camberg, auf der von Dr. Adenauer ungewöhnlich heftige Angriffe gegen die hessische Regierung gerichtet wurden, sprachen sich zahlreiche Delegierte gegen eine Blockbildung mit der FDP in Hessen aus. Dagegen bemüht sich

der auf dem rechten Flügel seiner Partei stehende CDU-Landesvorsitzende Dr. May mit der FDP im Verhältnis 6:4 einen Wahlblock gegen die SPD nach Hamburger Muster zustandezubringen. In FDP-Kreisen finden diese Bestrebungen ein offenes Ohr. Der BHE aber hat sich bisher eindeutig gegen eine solche Absicht gewandt und bekanntgegeben, daß er einen eigenen Wahlvorschlag aufstellen wird. Listenverbindungen sind nach dem hessischen Wahlgesetz untersagt. Die SPD wendet sich aber auch gegen Blockbildungen, weil sie eine Verfälschung des Wählerwillens bedeuten.

Die Neuordnung des Wahlgesetzes soll, wie gesagt, auch nach Ansicht der SPD in Richtung auf das Verhältniswahlrecht erstrebt werden. Innerhalb der SPD-Fraktion, die 48 Abgeordnete zählt, wurde ein Ausschuß aus sieben Landtagsabgeordneten gebildet, der Vorschläge für eine Abänderung des gegenwärtig gültigen Wahlgesetzes ausarbeiten soll. Es kann damit gerechnet werden, daß ein Wahlgesetz in der schon kurz skizzierten Art zustandekommt, bei dem also die Überschußstimmen der in Wahlkreisen gewählten Abgeordneten nicht über Landeslisten verrechnet werden und daß im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung der Wählerstimmen die Zahl der über die Landesliste ermittelten Abgeordneten der Zahl der direkt gewählten Abgeordneten angeglichen wird. Das könnte geschehen, indem die Zahl der Abgeordneten des neuen hessischen Landtages von gegenwärtig 80 auf 96 erhöht wird, weil sonst die Zahl der Wahlkreise von 48 auf 40 vermindert werden müßte. Darüber ist man sich noch nicht einig.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Kanka hat vorgeschlagen, daß bei der Mandatsverrechnung nur Parteien berücksichtigt werden sollen, die mindestens fünf Prozent der in Lande abgegebenen gültigen Stimmen erreichten. Auch bei dieser Frage herrscht Übereinstimmung bei allen im Parlament vertretenen Parteien. Unterschiedlich ist nur die Meinung darüber, ob nach reinem Proporz oder nach einem Gemischtwahlsystem gewählt werden soll.

An einer weiteren dominierenden Stellung der SPD nach der Neuwahl wird allgemein nicht gezweifelt. Die Innen-, Sozial- und Flüchtlingspolitik der Regierung Dr. Zinn hat in breitesten Bevölkerungskreisen Zustimmung gefunden. Auch in der Landwirtschaft und im Schulwesen hat die SPD gute Auffbarbeit geleistet. Jedoch rechnet auch die SPD, die 1950 auf 44 Prozent der Wählerstimmen kam, nicht mehr mit einer absoluten Mehrheit der Sitze, wohl aber damit, daß sie in einer noch besseren Relation die stärkste Partei wird, als das bei den für die SPD ungünstigen Bundestagswahlen der Fall war.

"Kampf um Berlin"

(sp) Die SED hat wieder einmal ein "Kampfprogramm" für die nächste Zeit mit Massendemonstrationen, Störaktionen und einem Pfingsttreffen der FDJ entwickelt, über das berichtet wurde. Eine besondere Rolle ist dabei offenbar den nach dem 17. Juni 1953 geschaffenen "Kampfgruppen" und gewissen Einheiten der kasernierten Volkspolizei zugedacht. Und wieder einmal soll "Berlin erobert" werden, natürlich der Westen der Stadt.

So alarmierend solche Ankündigungen mit ihrer bombastischen Sprache und ihrem Kraftmeiertum vielleicht auf manches leicht beeinflussbare Gemüt wirken mögen - in Wahrheit besteht kein Anlaß, die ganze Angedogenheit besonders ernst zu nehmen. Diese von dem Gros der deutschen Bevölkerung in der Sowjetzone völlig isolierte und verachtete Marionettenpartei kann im besten Falle in Berlin gelegentlich ein kleines Verkehrshindernis schaffen. Aber die Berliner, die seit 1945 ja einige Erfahrung im Umgang mit dieser Art von "Berlin-Eroberern" haben, werden mit solchen Störaktionen schnell und sicher fertig werden. Die Sicherheit Berlins wird durch diese großsprecherischen Deklamationen nicht gefährdet.

Gerade auch im Zusammenhang mit dem Pfingsttreffen der FDJ scheinen ähnliche Pläne ausgearbeitet zu werden, wie seinerzeit aus gleichem Anlaß 1950, die damals erst durch eine entsprechende Warnung der Westmächte aufgegeben wurden. Man soll ruhig heute schon klar machen, daß bei fortgesetzten Störungsversuchen aus dem sowjetischen Sektor Berlins oder der Sowjetzone sehr schnell Maßnahmen ergriffen werden können, die in aller Schärfe auf jene zurückfallen, welche für diese provokatorische Tätigkeit einer systematischen und groß angelegten Politik der Störaktionen verantwortlich sind.

+ + +

"Bei Fortdauer des status quo..."

"Die Fortdauer des status quo in Deutschland bedeutet aber nicht, daß dieses Problem und diese Gefahr im gegenwärtigen und uns bekannten Zustand konserviert werden. Die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten heißt nicht in einem bestimmten Stadium dieser Spaltung verharrren, heißt nicht einen problematischen oder gefährlichen Zustand bestehen zu lassen; die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten heißt vielmehr die Spaltung Deutschlands vertiefen und die damit verbundenen Probleme und Gefahren in eine Progression erheben. Die Fortdauer des status quo in Deutschland bedeutet daher nicht alles beim alten zu lassen und keine Veränderungen herbeizuführen, sondern gerade das Gegenteil, nämlich die Voraussetzungen weiter bestehen zu lassen, die die bisherige unheilvolle Entwicklung ermöglichten".

(Aus "SBZ-Archiv", März 1954)

+ + +

 Verantwortlich: Peter Raunau